

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung nehmen die Anzeiger und die Anzeiger die Poststellen entgegen. — Erscheint wochentlich. Fernsprech-Anschluss Nr. 53.

Anzeigenpreis: Die Anzeigenpreise für Anzeigen sind nach dem Inhalt zu berechnen. Die Anzeigenpreise für Anzeigen sind nach dem Inhalt zu berechnen.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 250

Sonnabend, den 25. Oktober 1924

19. Jahrgang

Ein Aufruf der Demokraten.

Berlin, 21. Okt. Die demokratische Reichstagsfraktion hat folgende Kundgebung beschlossen:
„An die deutschen Wähler! Ohne Not wurde der Reichstag aufgelöst. Welches ist der Grund dieser Auflösung? Gewiß war der Reichstag durch die Schuld der Wähler unglücklich zusammengesetzt. Unfruchtbar Opposition hemmte seine Arbeitstätigkeit. Trotzdem war die Regierung in der Lage und verpflichtet, ihr außenpolitisches Programm, in dessen Verfolg sie das Dawes-Gesetz annahm und die Auslandsanleihe abgeschlossen hat, durchzuführen. Vor Ändung der Ruhr und vor Anbahnung einer Wiedergenesung der deutschen Wirtschaft durfte sie nicht zurücktreten. An dieser Pflicht wurde sie durch die Deutsche Volkspartei gehindert, die hinter dem Rücken der bisherigen Koalitionsgenossen sich an die Deutschnationale gefesselt hatte. Die Deutsche Volkspartei allein ist dafür verantwortlich, daß jetzt der Aufbau des Reiches und der Wirtschaft durch Neuwahlen gefährdet wird.“

Die Deutschnationale Volkspartei hat ihre heutige Stärke nur erreicht, weil sie mit demagogischer Unwahrhaftigkeit die Politik der bisherigen Regierungen bekennt hat. Ihre Führer haben selbst gewünscht, daß ihre Politik unwahrhaftig war. Sie haben sie getrieben, weil diese Demagogie ihnen den Weg zur Macht im Innern öffnen sollte. Sie betrogen ihre eigenen Anhänger. Das ruft ihnen die Enttäuschung der eigenen Kreise heute ins Gesicht. Sie stimmen gegen alle Dawes-Gesetze mit Ausnahme des einen Eisenbahngesetzes, bei dem man ihre Stimmen brauchte. Ja, sie stimmten dreimal auch gegen dieses Gesetz, aber in der einen Abstimmung, die entscheidend war, fanden sich 48 Deutschnationale bei den „Erfüllungskolliern“. Das war die größte Selbstentlarbung, die es geben konnte. Der Wähler hat es nun in der Hand, sein Urteil über diese Unwahrhaftigkeit zu fällen.

Die Deutsche Volkspartei hat die Politik der Mitte verlassen, hat aus Angst vor den Fragen der Deutschnationalen den letzten Rest von Liberalismus vergessen. fünf Regierungsjahren hat im letzten Jahre das unzulässige Anlehnungsbedürfnis der Deutschen Volkspartei an die Deutschnationale Partei hervorgerufen. Die Deutsche Volkspartei ist zu einer einseitigen Rechtspartei, zu einer halbkonserватiven Partei geworden.

Mit dem Zentrum haben wir sechs Jahre lang stets gemeinsam an der Wiederaufrichtung Deutschlands gearbeitet. Um so mehr haben wir bedauert, daß das Zentrum in der letzten Zeit infolge der Nachgiebigkeit seines demokratischen Flügels eine Haltung einnahm, die die jetzigen Krisenwunden mitverschuldet hat.

Zur Sozialdemokratie stehen wir in einem starken inneren Gegensatz. Die Überwindung der Sozialdemokratie muß durch volkserzieherische Arbeit und Mitverantwortung im Staate erfolgen, nicht aber durch eine gewalttätige Ausschaltung von der Verantwortung.

Die Deutsche Demokratische Partei kämpft für die nationale Politik der Mitte — sie ist nicht nach links gegangen und wird nicht nach rechts gehen. Sie kämpft für nationalen Aufstieg unter einer liberalen und sozialen Demokratie. Sie glaubt an die Republik, an die volkserzieherischen Werte der Demokratie, an die vorwärtsstrebenden Kräfte freier Menschen, die ihrer inneren Persönlichkeit gemäß in Freiheit der Gesamtheit dienen. Das Volk steht vor der Entscheidung. Die Demokraten kämpfen weiter für ihre bisherige Politik. Das besetzte Gebiet soll befreit werden, ganz Deutschland soll frei werden! Es gibt nur einen Weg dazu: den Weg einer demokratischen Außenpolitik!

Wir sind nicht Republikaner, weil wir uns auf den „Boden der gegebenen Tatsachen“ stellen. Republik und Demokratie sind uns Neugierungen einer tiefen Überzeugung. Angesichts des Vorstoßes der Reaktion ist die Republik in Gefahr. Sie soll ausgehöhlt, sie soll unterminiert werden. Die Nation soll durch innerpolitische Kämpfe zerrissen und geschwächt werden. Dagegen kämpfen wir, für das Reich, für die Republik, für das Rheinland und die besetzten Gebiete, für eine wahre Volksgemeinschaft, die auf staatsbürgerlicher Gemeinschaftsgestaltung beruht, für ein freies Deutschland unter freien Völkern Europas.

Berlin, 24. Okt. Im demokratischen Klub in Berlin wurde gestern im Anschluß an eine Rede des Reichsministers a. D. Koch über das Thema „Ein neuer Wahlkampf“, in der Koch die Politik der Fraktion in den vergangenen Wochen und die Haltung der Partei im Wahlkampf ausführlich schilderte, eine Entschließung angenommen, in der der Rettung der Deutschen Demokratischen Partei Dank und Vertrauen für die zielbewusste Führung ausgesprochen werden, und in der erklärt wird die Partei trete mit dem Bewußtsein in den Wahlkampf, daß sie in den schweren Jahren nach dem Kriege ihre vaterländische Pflicht in vollem Maße erfüllt habe.

Kein Wahlbündnis zwischen den Rechtsparteien.

Berlin, 23. Okt. Der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz bezeichnete die ihm angeblich von einem Berliner Vertreter der „Tribuna“ in den Mund gelegte Äußerung, daß seine und die Deutschnationale Volkspartei bei den Wahlen wahrscheinlich gemeinsame Sache machen würden, als frei erfunden. Darüber hinaus wird von zuständiger Seite festgestellt, daß die Meinung von einem angeblichen Wahlbündnis zwischen den beiden Parteien auch sonst jeder Grundlage entbehrt und von ganz offenkundiger Tendenz eingegeben ist. Die Deutsche Volkspartei werde den Wahlkampf in voller Selbständigkeit führen.

Die DDP gegen die Volkspartei.

Berlin, 23. Okt. Zur Abwehr der unerhörten Anpassungen der Demokratischen Partei, die sich die vorkommlichen Zwischenträger Japs, Scholz und Currius erlaubt haben, erklärt der „Demokratische Zeitungsdiens“:

„Während die Erklärung der deutschvölkischen Führer für die Deutschnationalen nur Lobhudeleien enthält, gibt sie über die Demokratische Partei ganze Kübel der Ärgsten Beschimpfungen und niederträchtigsten Verleumdungen aus. Den Demokraten wird nachgesagt, daß sie sich lediglich von parlamentarischer Kurzsichtigkeit und Parteidoctrinarismus hätten leiten lassen, daß sie Vogel-Strauß-Politik getrieben haben und Einflüsse linksradikaler und internationaler Kräfte unterlegen seien. Als Ziel des Wahlkampfes stellen sie die Beseitigung dieser Kräfte auf. Solche Gemeinheiten wagen die Herren Scholz und Genossen einer Partei zu bieten, die in den letzten sechs Jahren stets die Interessen der Volksgemeinschaft über ihre eigenen gestellt und sich bis zur Selbstaufopferung dem Staate zur Verfügung gestellt hat, einer Partei, mit der die Deutsche Volkspartei selbst seit mehr als vier Jahren mit einer geringen Unterbrechung zusammen in der Regierung gefesselt hat, einer Partei, die die treueste und zuverlässigste Stütze der Außenpolitik Dr. Stresemanns gewesen ist, was man von gewissen Elementen der Deutschen Volkspartei gewiß nicht behaupten kann. Wenn die Deutsche Volkspartei damit das Tischtuch zwischen sich und den Demokraten zerschneiden will, so liegt die Schuld an diesem Bruch gewiß nicht bei den Demokraten, sondern lediglich bei denen, die hinter dem Rücken der anderen Teilhaber an der Arbeitsgemeinschaft der Mitte mit den Deutschnationalen angebandelt haben und jetzt den Demokraten in schwerer Stunde den Dolchstoß in den Rücken versetzen wollen.“

Die Hoffnung des Poincarismus.

Die französischen Nationalisten erheben den „Echo de Paris“ wünsch den Zusammenbruch der Deutschen demokratischen Partei und damit die entscheidende Katastrophe für die Versöhnungspolitik des französischen Premierministers. Der Berliner Korrespondent des „Blattes“ schreibt: „Seit Monaten ging die Außenpolitik Herriots darauf aus, den demokratischen Geist in Deutschland zu stärken. Es gibt Franzosen, die die Auflösung des Reichstages als einen Erfolg der demokratischen Partei und als einen Misserfolg Stresemanns betrachten. Gewisse Trümer in der Umgebung Herriots scheinen anzunehmen, daß die Wahlen am 7. Dezember einen Triumph der Mittelparteien bringen werden. Gegen jene Missionspolitiker müssen wir bereits heute Stellung nehmen. Die Wahlen werden beweisen, daß die ganze Politik Herriots ein Irrtum gewesen ist. Die Bildung eines Bürgerbundes ist so gut wie sicher. März Stresemann werden in der Regierung bleiben, und die Deutschnationalen werden vier Portefeuilles erhalten. Der Erfolg wird also etwas anderes werden, als Herriot gehofft hat.“ So schreibt Herr de Billemeus, der sich zuweilen seiner guten Beziehungen zu gewissen Persönlichkeiten der Reichsregierung gerühmt hat. Es ist nicht bedeutungslos, daß sich für diesen Kampf gegen die Demokraten gerade das „Echo de Paris“ einsetzt, das alles Deutsche von jeher bekämpft hat.

Der Kampf gegen den Kommunismus.

Berlin, 23. Okt. Die Maßnahmen des Staatsgerichtshofes gegen die Kommunisten werden fortgesetzt. Gegen neun Führer kommunistischer Betriebsratorganisationen in Berlin wurde im Auftrag des Staatsgerichtshofes von der politischen Polizei ein Verfahren eingeleitet wegen der Veranstaltung von kommunistischen Geländebildungen in Berlin-Rixdorf am letzten Sonntag, die als Vorbereitungen auf den kommenden Bürgerkrieg ausdrücklich von den Betriebsratorganisationen bezeichnet worden waren.

Berlin, 23. Oktober. Nach der „Roten Fahne“ sind gestern in Stuttgart der bisherige kommunistische Reichstagsabgeordnete Maslowki und in Bremen der bisherige Abgeordnete Eppstein verhaftet worden.

Die Krise bei den Deutschnationalen.

Innerhalb der Deutschnationalen Partei gärt und brodelt es, und keine noch so geschickte Taktik der Führer kann darüber hinwegtäuschen, daß dort Gegensätze von grundlegender Art aufeinanderprallen. Diese Gegensätze sind ja nicht von heute und gestern, sondern sie sind schon in der Entstehungsgeschichte der Partei begründet, die im November 1918 das Sammelbecken für alle diejenigen Elemente wurde, die in scharfer Opposition zu dem neuen Staat standen. Die Abstimmung vom 29. August hat dann in der Partei einen Kampf aller gegen alle entfesselt. Ueber die meisten Tagesfragen wurde von ihren kritischen Organisationen ein scharfes Strafgericht verhängt, der Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“, Paul Beder, mußte seinen Posten räumen und der Professor Böhm, eine anerkannte Autorität auf dem Gebiet der ausländischen Politik, durfte seine außenpolitischen Wochenblätter nicht mehr in den Spalten der „Tageszeitung“ veröffentlichen, weil darunter die Einheitlichkeit des Blattes gelitten hätte. Ja, die wild gewordenen Anhänger der Partei gingen noch weiter und forderten das Haupt des Parteiführers Dergt, der zwar selbst gegen alle Dawesgesetze gestimmt hatte, der aber die 48. Sinfonie beim Eisenbahngesetz abkommandiert hatte. Er konnte die hochgehenden Wogen der Erregung innerhalb der Partei nur durch die Versicherung glätten, daß er durch seine Politik der Partei den Weg zu der heißersehnten Macht im Staate eröffnen und auf jeden Fall dafür zurücktreten werde, ganz gleich, ob ihm das gefüge oder nicht.

Nun ist es aber anders gekommen, als man es sich in deutschnationalen Kreisen gedacht hat. Die durch die Gefälligkeit der Deutschen Volkspartei schon zum Greifen nahe gewesenen Ministeressel sind wieder in die Ferne gerückt, aber auch der Uebergang in die angekündigte rücksichtslose Opposition ist unmöglich, man sieht sich vielmehr vor einen Wahlkampf gestellt, für den die Partei in keiner Beziehung gerüstet ist. Die Gegensätze innerhalb der Partei sind heute tiefer als je und so schießt man sich genötigt, statt gegen die anderen Parteien eine gemeinsame Front zu bilden, erst einmal die Gegensätze in den eigenen Reihen auszufechten. Begreiflich ist, daß die Parteileitung den Bruderkampf im gegenwärtigen Augenblick zu vermeiden sucht. Sie hat deshalb in ihrem Aufruf an die Wählerschaft Töne angeschlagen, die ganz der alten rein negativen Oppositionspolitik entsprechen. Im wildesten Demagogentil wird da gegen Parlamentarismus und Demokratie gewettert, unbekümmert darum, daß man damit die Anerkennung der Richtlinien des Reichkanzlers Marx durch Herrn Dergt zu einer zweifelhafte Sempelt.

Herat abberufen.

Berlin, 23. Okt. Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei hielt heute im Reichstag eine Sitzung ab, in der an erster Stelle die Frage des Wahlkampfes erörtert wurde. Der bisherige Parteivorsitzende, Staatsminister Dergt, erklärte entsprechend seiner bekannten öffentlichen Kundgebung, daß er den Vorsitz der Partei niederlege, nachdem die Verhandlungen über die Regierungsumbildung ihr Ende gefunden hätten. Mit der Parteiführung wurde bis zur sachgemäßen Neuwahl der Parteistellen der Vorsitzende der preussischen Landtagsfraktion Dr. Windler betraut. Zugleich wurde der Großadmiral von Tirpitz einhellig zum Mitglied der Parteileitung ernannt. Im Laufe der nächsten Woche werden die Vorsitzenden der Landesverbände der Deutschnationalen Volkspartei zu einer Sitzung zusammenzutreten.

Eine neue „Partei Cloß“?

In der böhmischen Presse wird mitgeteilt, daß der altdeutsche Justizrat Cloß, der Herausgeber der „Deutschen Zeitung“, eine Sonderorganisation des extremen Flügels der Deutschnationalen vorbereitet, um bei der Auswahl der neuen Reichstagskandidaten einen entsprechenden Druck auszuüben. Wenn die Deutschnationale Partei sich nicht füge, soll eine eigene Partei gegründet werden. Die würde dann natürlich wieder der Nationalsozialistischen Freiheitspartei Konkurrenz machen.

Macdonalds Siegeszuversicht.

London, 22. Okt. Macdonald hat an sämtliche Kandidaten der Arbeiterpartei eine Kundgebung geschrieben, in der es u. a. heißt: Obgleich wir in der Presse einer Opposition gegenüberstehen und in den Wahlkreisen vereinigten Gegnern, wie sie bisher noch keine Partei gehabt hat, macht unsere Sache riesenhafte Fortschritte. Das Volk ist mit uns, und nichts kann unseren Vormarsch aufhalten.

antigen Blau
Hinter den
Fäden und
zeichnet durch
hat das Ge-
fahren. Die
reichsanleihen
interesse, von
Borbergrund
che mit 680,
3, 34proz.
180. Am
still. Man
eine Er-
stand. Am
id blieb mit
eboten. Am
Herrfürst
d. S. Kan.
bb.
ren
en
on
er
n
e
ober:
11 Uhr
er und
erg.
Oktober
achten
fleich,
nochen
it Kraut
Bauer.
erh 1924
eren,
sofen.
ufo.
rieb,